

POLITISCHER BERICHT TÜRKEI

ÜBERSICHT

- **Papstattentäter Mehmet Ali Ağca auf freiem Fuß**
- **Vogelgrippe in der Türkei**
- **Info-Mail**

Papstattentäter Mehmet Ali Ağca auf freiem Fuß

Die Bekanntheit von Mehmet Ali Ağcas geht auf das Jahr 1981 zurück. Damals verletzte er bei einem Attentat Papst Johannes Paul II. schwer. In Erinnerung geblieben sind vielen Menschen weltweit die Bilder, als der genesene Papst den Attentäter in seiner Gefängniszelle besuchte und ihm verzieh. Nach dem er die Strafe in Italien verbüßt hatte, wurde er in die Türkei überstellt, wo ein weiterer langer Gefängnisaufenthalt u. a. wegen Mordes auf ihn wartete. Überraschend wurde Ağca jedoch schon nach fünfeinhalb Jahren vorzeitig auf freien Fuß gesetzt.

Im Jahre 1979 erschoss Ağca den bekannten Chefredakteur der Tageszeitung Milliyet, Abdi İpekçi auf offener Strasse. Darüber hinaus wurden ihm noch weitere schwere Verbrechen zur Last gelegt. Fünf Monate nach der Ermordung İpekçis konnte er auf mysteriöse Weise aus dem Gefängnis fliehen; die Umstände um das Papstattentat Monate später auf dem St. Petersplatz in Rom sind nicht weniger mysteriös.

Seine Entlassung stößt auf breites Unverständnis in der Türkei. Das türkische Justizministerium prüft gerade den Fall und hat Beschwerde beim türkischen Kassationsgerichtshof eingelegt. Gegenstand der Eingabe ist die Strafberechnung für Ağca. Die 20 Jahre Haft in Italien wurden ihm für seine Straftaten in der Türkei angerechnet. Jedoch soll er nur 19 Jahre und 1 Monat abgesessen haben. Im Rahmen der „Rahşan-Amnestie“ - Rahşan Ecevit, Gattin des damaligen Ministerpräsidenten Bülent Ecevit, hatte sich für eine allgemeine Amnestie eingesetzt, die zur vorzeitigen Entlassung von Zehntausenden von Strafgefangenen führte - wurden ihm 10 Jahre der Strafe erlassen. Auch hier mehren sich die Anzeichen, dass er davon in ungerechter

Weise Gebrauch gemacht habe. Rechtsexperten gehen jedoch davon aus, dass er noch mindestens acht Jahre hinter Gittern müsse.

Im Zusammenhang mit dem Fall Ağca sprechen die Medien bereits von einem Justizskandal, weil dadurch auch bekannt wurde, dass das türkische Justizministerium in den letzten fünf Jahren 10.000 Gerichtsurteile per schriftlicher Eingabe an den Kassationsgerichtshof verwies. Dieser soll dann 98% der Urteile im Nachhinein korrigiert haben. Die vorzeitige Freilassung eines Schwerstverbrechers wirft ein schlechtes Licht auf die türkische Justiz: Der weltbekannte Romancier Orhan Pamuk steht vor Gericht und der Mörder Ağca wird bereits nach einigen Jahren aus der Haft entlassen. Auch der Oppositionsführer Deniz Baykal (CHP) zeigte sich entrüstet und verband mit seinem Protest die Forderung nach einer grundlegenden Strafrechtsreform.

Mit der Person Mehmet Ali Ağca verbinden viele Türken auch ein dunkles Kapitel der neueren türkischen Geschichte. Für viele war für einen kurzen Augenblick mit dem bekennenden Nationalisten Ağca das Gespenst der 70-er Jahre wieder aufgetaucht. Von 1975 bis zum Militärputsch 1980 wurden mehr als 5.000 Intellektuelle, Aktivisten und Bürger aus politischen Gründen ermordet. Zwischen linken und rechten Gruppierungen kam es zu einem regelrechten Straßenkampf und auch die Parteien waren stellenweise in Auseinandersetzungen eingebunden und heizten die Stimmung noch zusätzlich an. Erst mit dem Eingreifen des Militärs wurde der Konflikt beendet. Die Wurzeln der Verbindung von Politik, „Tiefem Staat“ und Mafia reichen, nach Angaben von politischen Beobachtern, bis in jene Zeit zurück.

Mehmet Ali Ağca ist eine sehr Geheimnis umwobene Person; bis heute schweigt er über seine Beweggründe des Mordes an Abdi İpekçi und zu seinem Attentat auf den Papst. Auch zu den Hintermännern äußerte er sich nie, was die Gerüchteküche über mögliche Verschwörungstheorien noch zusätzlich anfachte. Ehemalige Gefährten bezeichnen ihn indes als Psychopathen, der immer auf eigene Rechnung gearbeitet habe und dem bekannten Verbrecher „Schakal Carlos“ nacheifere. Ağca deutet diese Vorkommnisse ganz anders. Er sei der Messias, der dem Reich des Vatikans das Ende bereiten werde, schrieb er in einem seiner Briefe aus dem Gefängnis, die jetzt in türkischen Tageszeitungen abgedruckt wurden. An den türkischen Geheimdienstchef wandte er sich mit der Bitte um Freilassung. Im Gegenzug dafür bot er an, Osama Bin Laden tot oder lebendig den Amerikanern auszuliefern.

Mehrere Dutzend Menschen bejubelten frenetisch seine Freilassung aus dem Istanbuler Kartal-Gefängnis. Vor dem Gebäude wurde die türkische Fahne geschwenkt, nationalistische Parolen geschmettert und eine Gruppe machte das „Wolfszeichen“ (Bozkurt), das Erkennungszeichen aller Nationalisten und der Nationalen Bewegungspartei (MHP). Gleich fünf Luxuslimousinen standen für seine Abfahrt bereit.

Einige Kolumnisten brachten ihre Wut darüber deutlich zum Ausdruck. Unter dem Titel „*Schweigen der Wölfe*“ kritisiert Yalçın Doğan in der Tageszeitung Milliyet das Verhalten des Parteivorsitzenden der MHP, Devlet Bahçeli. Der hat sich mittlerweile zu Wort gemeldet und sein Bedauern zum Ausdruck gebracht, dass seine Partei mit dieser Person in Verbindung gebracht wurde. Ağcas Anwalt Doğan Yildirim zumindest will nach 15 Jahren seinen Mandanten nicht mehr weiter betreuen. „*Auch ich bin Nationalist, aber die Begrüßung mit Blumen und türkischen Fahnen war unangemessen*“, so der Rechtsanwalt. Ağca ist momentan auf freiem Fuß. Zumindest

muss der 48-Jährige keinen Militärdienst mehr leisten. Sofort nach seiner Entlassung wurde seine Musterung nachgeholt und die Wehrdienstuntauglichkeit festgestellt. Der Fall Ağca wird die türkische Öffentlichkeit weiter beschäftigen und falls er wirklich seine Memoiren veröffentlichen sollte, verspricht dies skandalöse Enthüllungen mit noch nicht absehbaren Folgen.

Nachtrag vom 23. Januar 2006

Das Berufungsgericht hat die Entlassung von Ağca widerrufen. Er wurde bereits am Wochenende wieder inhaftiert. Laut Medienberichten soll er noch mindestens bis zum Jahre 2014 einsitzen.

Vogelgrippe in der Türkei

Nach dem in einem Vogelschutzgebiet in der Westtürkei das tödliche H5N1 Virus zum ersten Mal diagnostiziert wurde, warnten Experten schon vor Monaten eindringlich, das Land stünde vor großen Gefahren. Diese Befürchtungen haben sich in den letzten drei Wochen leider bestätigt. Bisher sind fünf Menschen - alles Kinder und Jugendliche - am H5N1 Virus gestorben und mindestens weitere 16 Personen tragen den Virus. In 13 von 81 türkischen Provinzen wurde die Vogelgrippe mittlerweile festgestellt und annähernd eine Millionen Geflügeltier wurde getötet. Bei allen Erkrankungsfällen von Vogelgrippe in der Türkei wurde bisher das Virus von einem kranken Tier auf den Menschen übertragen. Ab Anfang Februar bis April dieses Jahres erwarten die Experten wegen dem Beginn der Vogelwanderungen eine weitere Ausbreitung der Krankheit. Veterinärexperten warnen schon heute vor einem möglichen GAU, sollten nicht extreme Maßnahmen, wie die Tötung aller Flügeltiere in der Türkei, getroffen werden.

Experten, Oppositionspolitiker und Teile der Medien warfen der türkischen Regierung mit dem Beginn der Krise ungenügendes Management und schlechte Öffentlichkeitsarbeit vor. So gab das Gesundheitsministerium nach dem ersten Todesfall noch Lungenentzündung als Ursache dafür an, ohne darauf hinzuweisen, dass das H5N1 Virus dafür verantwortlich war. Dies wurde von den Medien als eine beabsichtigte Fehlinformation bezeichnet. Ferner wurde das langsame Vorgehen des Umwelt- und Forstministers Osman Pepe kritisiert. Zunächst verbot er die Jagd von Geflügel nur in den betroffenen Gebieten und weitete dieses erst Tage später auf das ganze Land aus. Trotz dieser Kritik bestätigen die Weltgesundheitsorganisation WHO und eine Expertengruppe der EU ausreichende Transparenz und vorbildliches Krisenmanagement der zuständigen staatlichen Stellen. Stark kritisiert wurde die Art des Keulens der Tiere: Hühner wurden stellenweise lebendig verbrannt oder vergraben. Diese Bilder gingen auch durch europäische Medien und schaden dem Ansehen des Landes erheblich.

Die landesweite Vogelgrippewelle hat die landwirtschaftlichen Strukturdefizite nochmals verdeutlicht. Die ausgeprägt landwirtschaftliche Struktur in der Türkei - über 30% der Erwerbstätigen sind in der Landwirtschaft beschäftigt, produzieren aber nur ca. 11% des türkischen BSP - hat sich beschleunigend auf den Ausbruch der Krankheit ausgewirkt. Ein Großteil der landwirtschaftlich Beschäftigten sind subsistenzwirtschaftlich orientierte Klein- und Kleinstbauern. Diese Struktur geht hauptsächlich auf das islamische Erbrecht zurück, das eine gleiche Aufteilung des Grund und Bodens an alle männlichen Erben vorsieht. So

wurden über die Generationen hinweg die landwirtschaftlichen Flächen pro Familie sehr klein. Zum Überleben benötigen die Bauern auch einige Tiere, mit denen die Familien sehr oft räumlich eng zusammenleben. Die meisten Erkrankten sind so mit infizierten Tieren in Kontakt gekommen oder haben deren Fleisch gegessen. Aber auch die Bildungsungleichheit im Lande hat zur Ausbreitung der Krankheit geführt, da selbst nach Bekannt werden der Wirkung des Virus viele Kinder noch mit toten Tieren spielen durften.

Dass die Vogelgrippe jedoch nicht auf die ländlichen Regionen beschränkt blieb, hat mit einem weiteren schwerwiegenden türkischen Strukturproblem zu tun, der Binnenmigration, die ihre Ursache in den extremen regionalen Disparitäten hat. Die „größten“ türkischen Dörfer befinden sich eigentlich in den Großstädten. Die türkischen Großstädte konnten für diesen ungeplanten Ansturm keine entsprechende Infrastruktur bereitstellen – in Istanbul, Ankara und Izmir mangelt es an ausreichend Kläranlagen und Müllentsorgung. In den Außenbezirken dieser Städte leben die Menschen mit mehreren hunderttausend Einwohnern, so wie sie es auch in ihren Dörfern getan haben. Im eigenen Garten werden dann Tiere gehalten und ohne Veterinäruntersuchung verkauft oder selbst verzehrt.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Vogelgrippe sind noch nicht abzuschätzen. Besonders betroffen sind natürlich die großen Geflügelzuchthöfe des Landes, obwohl in diesen Betrieben noch keine Erkrankungsfälle vorgekommen sind. Die Tiere dort werden nach europäischen Standards gehalten, gezüchtet und später auch geschlachtet. Problematisch kann der Verzehr von Fleisch und Eiern sein, die ohne Verpackung auf Basaren und Wochenmärkten verkauft werden und deren Herkunft ungewiss ist. Diese Lebensmittel bedrohen die Gesundheit. Schon vor drei Monaten hatte der Sektor bis zu 80% Umsatzeinbußen zu verzeichnen und bis jetzt haben die großen Produzenten 200 Mio. Dollar Einbußen zu beklagen. Der Sektor beschäftigt insgesamt 150.000 Personen. Die schlimmsten Krisenszenarien gehen von 75.000 Zwangsentlassungen und einem möglichen gesamtwirtschaftlichen Schaden von insgesamt 3 Mrd. US-Dollar aus. Überall im Lande verspeisen Politiker medienwirksam demonstrativ Hühnerfleisch, ob dadurch die Panik aufzuhalten ist, bleibt jedoch sehr fraglich. Die ersten Buchungsrückgänge und Stornierungen für Türkeiurlaube werden von den großen Touristikunternehmen gemeldet und wenn die Vogelgrippe in das Frühjahr oder den Sommer hineinwirkt, dann kann dies auch ein schwarzes Jahr für den türkischen Tourismus werden.

Die Vogelgrippekrise hat wieder einmal die Unbeweglichkeit der türkischen Verwaltung aufgezeigt. Der zentrale Staatsaufbau verhindert, wie bei den Erdbeben vor sechs Jahren, eine schnelle, effektive und unbürokratische Hilfe. Nach dem der Istanbul Stadtteilbürgermeister von Şişli, Mustafa Sarıgül, den Verkauf jeglichen „offenen“ Fleisches und Eiern in den Stadtgrenzen verboten hatte, zog der Gouverneur von Istanbul Muammer Güler sogleich nach und weitete dieses Verbot auf die Provinzgrenzen Istanbuls aus. Im türkischen Lebensmittelkodex von 1997 jedoch ist der Verkauf jeglicher unverpackter Lebensmittel sowieso schon verboten. Dieses Verbot konnte vom Staat und der Verwaltung aber bisher nicht durchgesetzt werden. Nun will der Landwirtschaftsminister ein solches Verbot türkeiweit durchsetzen. Zudem sind in dieser Krise mit dem Gesundheits-, Dorfangelegenheiten und Landwirtschafts- und dem Forst- und Umweltministerium gleich drei Ministerialapparate beschäftigt und dies verspricht keine einfachen Entscheidungswege.

Diese Krise sollte alle Verantwortlichen wachgerüttelt haben und zu einer Überarbeitung der Pandemienotfallpläne führen. Ab Februar bis April werden verstärkt wieder Zugvögelwanderungen durch die Türkei stattfinden, weshalb eine Ausweitung der Vogelgrippe zu erwarten ist. Mit den Erfahrungen der letzten Wochen, kann die drohende Gefahr vielleicht besser eingedämmt werden. Zumindest sind die Menschen vorgewarnt und besser vorbereitet. Vielleicht kann durch diese Krise – wenn daraus die richtigen Lehren gezogen werden- die drohende Katastrophe noch abgewendet werden.

Info-Mail

In einer AKP-Fraktionssitzung hat sich Ministerpräsident Erdoğan zur außen- und sicherheitspolitischen Situation in der Region geäußert. Er sprach sich für die territoriale Integrität der Nachbarländer aus und hob hervor, dass es das Ziel der türkischen Außenpolitik sei, neue Freunde zu gewinnen. Die Türkei hätte darüber hinaus die notwendige Erfahrung, um Frieden in der Region zu stiften. Eng, aber auch weniger eng befreundete Nationen könnten von diesem Wissen profitieren. „Nur schwache Personen greifen zu gewaltsamen Mitteln, um ihre Probleme zu lösen“, wurde der türkische Ministerpräsident in der Tageszeitung „Milliyet“ zitiert. In der Presse wurde darüber spekuliert, ob dies im Hinblick auf den Iran eine eindeutige Warnung gerichtet an die Adresse der Vereinigten Staaten von Amerika sei. +++ Bei den Diskussionen um den künftigen türkischen Staatspräsidenten hat sich nun auch mit Mehmet Dülger ein prominenter AKP-Politiker zu Wort gemeldet. Dülger ist Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses der Großen Türkischen Nationalversammlung. Er erklärte gegenüber den Medien, dass die Türkei noch nicht für einen Staatspräsidenten bereit sei, dessen Frau ein Kopftuch trage. Die Börse würde einbrechen, die Armee mit einem Memorandum reagieren und die Universitäten würden aufbegehren, so Dülger. Überdies seien diese Spekulationen unehrenhaft in Richtung des derzeitigen Amtsinhabers. Die AKP-Spitze reagierte mit Zurückhaltung auf diese Aussagen, Dülger wurde zurechtgewiesen. +++ Nach einer Untersuchung der US-amerikanischen Heritage-Foundation nimmt die Türkei beim Grad der wirtschaftlichen Liberalität „nur“ einen Mittelfeldplatz ein. Unter 157 Staaten belegt die türkische Wirtschaft den 85. Rang. Der Index, der seit 12 Jahren veröffentlicht wird, vergleicht Faktoren wie Handelsvolumen, Eingriffe der Regierung in die Wirtschaft, Geldpolitik, direkte Auslandsinvestitionen, Lohnniveau im Bankensektor, Besitzrechte und Grad der Schattenwirtschaft. +++ Ein Jahr nach der Streichung von sechs Nullen und der Einführung der neuen Türkischen Lira blickt die Türkische Zentralbank erfolgreich auf die Währungsumstellung zurück. Die neuen Zahlungsmittel umfassten 95,39% der im Umlauf befindlichen Banknoten und 85,65% des Münzgeldes. Bisher galten beide Währungen als Zahlungsmittel, ab 01. Januar müssen Kunden das alte Geld bei der Zentralbank oder den Filialen der Ziraat-Bankası umtauschen. 81,7% der Türken hätten sich an den Umgang mit dem neuen Geld gewöhnt und nur 19,6% der Befragten gaben an, dass die Währungsumstellung unnütz gewesen sei. Im Rahmen der Inflationsbekämpfung wird der Streichung der Nullen ein wichtiger psychologischer Effekt zugesprochen. +++ Berichte über die türkische Parteienlandschaft beschäftigen sich immer mit der großen Politik. Die Geschichte um den Bürgermeister der 70.000 Seelengemeinde Patnos im äußersten Nordosten des Landes zeigt, wie Politiker vor Ort stellenweise mit politischen Entwicklungen in der Zentrale überfordert sind. Abdülhalik Taşkın ist Bürgermeister dieser Stadt und wurde als Kandidat der Demokratischen Partei (DP) im Februar 2004 gewählt. Die DP geht zurück auf Adnan Menderes, der bis zum ersten Eingriff der Militärs 1960 Ministerpräsident war. Die Partei wurde verboten und 1992 unter altem Namen wieder gegründet. Da sie aber nie wieder auch nur annähernd zu alter Stärke zurückfand, schloss

die DP sich am 28. März 2004 der wieder erstarkten Mutterlandspartei (ANAVATAN) an. Dieser Parteizusammenschluss erreichte aber nicht Taşkın, den einzigen DP-Bürgermeister in der Türkei. Als er sich in einem Gespräch mit Pressevertretern über die Parteizentrale der DP beschwerte, weil sich niemand um ihn kümmere und er auch niemanden kenne, erläuterten ihm die Journalisten, dass seine Partei nicht mehr existiere. Taşkın äußerte sich verärgert und erwartet nach wie vor einen Anruf eines Parteioberen der DP; der ANAVATAN wolle er überdies auf keinen Fall beitreten. +++ Der Erwerb von Grundstücken, Ländereien und Immobilien für Ausländer in der Türkei wurde weiter liberalisiert. Das türkische Parlament beschloss, dass natürliche und juristische ausländische Personen unter Berücksichtigung des Prinzips der Gegenseitigkeit bis zu 2.5 Hektar Land erwerben könnten. Der Türkische Generalstab hatte sich bis zuletzt vehement gegen diese Regelung verwahrt, weil er befürchtete, dass militärische Sperrgebiete nicht mehr geheim blieben und an Ausländer verkauft werden könnten. Ausländische Stiftungen, Vereine, Genossenschaften, Gesellschaften und Religionsgemeinschaften bleiben von dieser Neureglung ausgenommen. +++ Ministerpräsident Tayyip Erdoğan sprach bei einer Eröffnungsrede über das Bild der Türkei in ausländischen Medien. Obwohl Europa nur drei bis vier Flugstunden entfernt liege, kennen die Europäer die Türkei nicht richtig, sondern nur aus der Sichtweise der Medienhochburgen. Bei der Neueröffnung eines Zentrums für Bildung in der EU und Jugendprogramme, welches an die Staatskanzlei des Ministerpräsidenten angeschlossen ist, fuhr er weiter aus, dass die Türkei sich im gleichen Zug mit Europa befände. Die Jugendlichen von heute werden die Parlamentarier in Europa von morgen sein und alle 15 Millionen Jugendliche und Kinder in der Türkei sollten mit dieser gleichen Motivation ausgebildet werden. +++ Einem Pressebericht zufolge, plant die türkische Regierung den Verkauf aller ca. 182.000 Dienstwagen der Administration. Sie erwartet einen Verkaufserlös von 2. Mrd. USD. Sowohl in der Hauptstadt als auch in allen 81 Provinzen sollen künftig die Fahrzeuge angemietet werden. In einem ersten Schritt soll dieses Verfahren in 14 Pilotprovinzen getestet werden. Die privaten Autovermietungen haben diese Nachricht schon mit Genugtuung aufgenommen und haben damit begonnen, zusätzliche Fahrzeuge zu kaufen. ++++ Die Reformen des Bildungsministeriums werden fortgeführt. Nun wurden auch neue Lehrpläne für die Unterrichtsfächer „Revolutionsgeschichte“ und „Atatürk-Kemalismus“ vorgestellt. Demnach sollen die Charaktereigenschaften Atatürks mehr in den Mittelpunkt des Unterrichts treten. „Armenien“ wurde nicht in das Lehrprogramm aufgenommen, wobei die Lehrer aufgrund der Aktualität des Themas dazu aufgefordert seien, zu erläutern, dass die Armeniervorwürfe historisch nicht bewiesen werden könnten. Dahingegen werden Themen wie die EU und die historischen Beziehungen EU-Türkei neu aufgenommen und externe EU-Experten sollen dazu Vorträge in den Klassen halten. Die Entwicklung der Menschenrechte und der Demokratie nach 1945 wird ebenfalls neu behandelt, wie die Auswirkungen des Zerfalls der Sowjetunion und die verschiedenartigen Auswirkungen der Irakkriege auf die Türkei. +++ Der Hohe Wahlrat (Yüksek Seçim Kurulu) hat mitgeteilt, welche Parteien zum Stichtag 7. Januar an Wahlen teilnehmen könnten. Von über 50 türkischen Parteien erfüllten gerade einmal 19 die notwendigen Voraussetzungen zur Teilnahme an Nationalwahlen. (z. B. muss eine Partei mindestens sechs Monate vor einer Wahl gegründet sein und in mindestens der Hälfte der 81 Provinzen eine Regionalorganisation vorweisen). Unter den Parteien, die momentan nicht zugelassen sind, befindet sich auch die neue pro-kurdische Demokratische Gesellschaftspartei (DTP), die aus der DEP hervorgegangen ist. Auch die Parteien des Abgeordneten Yaşar Nuri Öztürk, Partei der Erhöhung des Volkes (HYP) und des ehem. Innenministers Sadettin Tanttan, Heimatpartei (YP), sind von Wahlen ausgeschlossen. +++ 58,7%, der

Arbeitnehmer rund (3 Mio. von 5 Mio.) sind nach Angaben des Ministeriums für Arbeit und Soziale Sicherheit in der Türkei gewerkschaftlich organisiert. Die größte gewerkschaftliche Dachorganisation ist Türk-İş mit 33 Einzelgewerkschaften, neun der DİSK, 7 der Hak-İş und zwei sind unabhängige Gewerkschaften. +++ Ende Dezember 2005 hat das Amt für Religionsangelegenheiten in der Vorlage für die Freitagspredigt die Unternehmer angehalten, ihren Mitarbeitern angemessene Löhne zu zahlen und diese auch in den Sozialsystemen abzusichern. Im Gegenzug wurden die Arbeitnehmer aufgefordert, die ihnen aufgetragene Arbeit auch zu erledigen. +++ Nach einer Umfrage der International Strategic Research Organization hat die Zuversicht einer EU-Mitgliedschaft im Lande von 61% auf 55% abgenommen. Zugenommen hat hingegen die Ansicht, dass die Türkei in der islamischen Welt eine Alternative zur EU suchen sollte. Als Gründe dafür wurden der Fall Pamuk, das PKK-Problem, der Zypern-Disput und der sog. „Armenier-Genozid“ genannt. Die Mehrheit der 2.500 Befragten gab an, dass die USA die größte Bedrohung für die Türkei darstelle, gefolgt von Israel und Frankreich. +++

Ankara, den 19. Januar 2006

Frank Spengler/ Dirk Tröndle